

„Wahl.Lokal“ – Beantwortung der Zuschauerfragen

Bildungspolitik

1. Wann und wo entsteht eine neue Schule in Bettenhausen?

SPD In den kommenden 5 Jahren werden wir die Planungen hierzu vorantreiben. Der Termin wird im Laufe dieser Zeit festzulegen sein. Die Schule sollte am Standort Osterholzstr. erfolgen.

CDU Wir treten dafür ein, dass im Kasseler Osten und auch speziell in Bettenhausen, Schülerinnen und Schüler wohnortnah beschult werden. Die Schließung der Joseph-von-Eichendorff-Schule haben wir immer abgelehnt und halten sie nach wie vor für einen großen Fehler.

Grüne Die Zahl an Kindern wächst erfreulicherweise im gesamten Stadtgebiet. Das bedeutet aber auch, dass wir zusätzliche Kapazitäten bei der Kinderbetreuung und aktuell besonders bei Grundschulen noch intensiver als bisher aufbauen müssen.

Für Bettenhausen wurde diese Entwicklung aktiv an der Losseschule begonnen. Hier wurde die Osterholzschule im Sommer 2020 mit der Pestalozzischule zu einer Schule, in dem Gebäude der Pestalozzischule, zusammengelegt. Das gesamte ehemalige Gebäude der Osterholzschule steht der Losseschule zur Verfügung.

Die Losseschule ist derzeit eine zweizügige Grundschule. Die Schüler*innenzahlen steigen leicht. Unter Hinzunahme der Räume der Osterholzschule könnte die Losseschule bei Bedarf bis zu vierzünftig Schüler*innen aufnehmen.

Dem Kasseler Osten sind aktuell zwei Gesamtschulen zugeordnet (Offene Schule Waldau und Carl-Schomburg-Schule im Wesertor). Außerdem besuchen Schüler*innen aus dem Kasseler Osten auch die Gesamtschulen in Kaufungen, Lohfelden und Niestetal.

Aktuell wird für die Offene Schule Waldau ein Neubau geplant.

Die beiden Kasseler Schulen Offene Schule Waldau und Carl-Schomburg-Schule sind gut besucht und haben begrenzte zusätzliche Aufnahmekapazitäten.

Für Mittelstufenschulen gilt jedoch auch Wahlfreiheit, d.h. wir können hier nicht isoliert auf einzelne Stadtteile schauen, sondern müssen alle Kasseler Schulen in den Blick nehmen.

Im Rahmen der Sanierung von Schulgebäuden ist eine Kapazitätserweiterung geplant. Für die Georg-August-Zinn Schule in Oberzwehren zum Beispiel von 3 auf 4-Zügigkeit, für die Johan-Amos-Comenius-Schule in Niederzwehren und die Hegelsbergschule, die beide aktuell 3-4-zügig Klassen haben, soll Kapazität bis zu 5 Klassen, also 5-Zügigkeit im Zuge der Sanierung geschaffen werden.

FDP Nachdem die Joseph-von-Eichendorff-Schule durch rot-grün geschlossen wurde, setzen wir uns für die Suche eines neuen Schulstandorts ein.

Coronapolitik

1. Mit Homeoffice zu mehr bezahlbarem Wohnraum. Sollen Büroflächen dafür umgebaut werden?

SPD Im Nachgang der Corona-Krise werden wir deutlich über Flächen in der Innenstadt sprechen. Eine Umnutzung von Büroflächen scheint hierbei erstrebenswert zu sein und erhält unserer Unterstützung.

CDU Die Auswirkungen von Corona auf den Immobilienmarkt sind noch nicht absehbar. Die Umwandlung von leerstehenden Büroflächen in Wohnraum ist ein sinnvolles Instrument, welches völlig unabhängig von Corona bei steigender Nachfrage der Schaffung von Wohnraum dienen kann.

Grüne Diese Diskussion beginnt aktuell. Grundsätzlich wäre das möglich, noch ist aber nicht abzuschätzen, wie stark sich Teile der Wirtschaft tatsächlich ins Homeoffice verlagern.

Linke Noch halte ich das für verfrüht. Mit Sicherheit ist etwa in der Innenstadt mehr Wohnraum zu schaffen, jedoch noch nicht ausgehend von letztem Jahr. Homeoffice war im letzten Jahr für viele eine Ausnahmesituation, die nicht auf Dauer im selben Ausmaß bestehen wird, gerade bei mehreren Elternteilen im Homeoffice und Kindern im Homeschooling. Im Umkehrschluss würde dies ja Büroräume in jedem Haushalt und damit größere private Wohnflächen bedeuten. Die Homeoffice Plätze

im letzten Jahr waren oft lediglich auf mobiles Arbeiten ausgelegt ohne Arbeitsschutzanforderungen zu erfüllen und haben die Gefahr der Entgrenzung der Arbeitszeit. Selbst wenn dauerhaft mehr im Homeoffice gearbeitet wird, sind weiterhin feste und gemeinsame Büroräume notwendig.

FDP Solche Entscheidungen müssen die jeweiligen Unternehmen treffen.

2. Nach Corona werden sicherlich einige Lokale weniger aufzufinden sein. Was sind die Pläne, um zu verhindern, dass das Freizeitleben in der Stadt ausstirbt?

SPD Wir haben mit „Kopf-hoch Kassel“ ein kommunales Unterstützungsprogramm auf den Weg gebracht, das sich in der 2. Welle vor allem an Kulturinitiativen und Vereine richtet. Darüber hinaus verzichtet die Stadt auf die Entrichtung der Sondernutzungsgebühren für das Jahr 2021. Wir werden nach individuellen Lösungen suchen müssen, damit ein Wirtschaften in der Pandemie möglich sein wird, insofern die Verordnungen es zu lassen (zusätzliche Open-Air Veranstaltungen usw.).

CDU Die Frage der Existenz von Lokalen hängt zunächst einmal von den betriebswirtschaftlichen Entscheidungen der Eigentümer ab. Wir tun alles, um die coronabedingten Schwierigkeiten mit Bundes-, Landes- und mit städtischen Hilfen abzufedern.

Grüne Das Kulturamt der Stadt Kassel versucht individuell zu helfen, bei der Vermittlung von Hilfsprogrammen, bei der Antragstellung ebenso wie bei der Vorbereitung des hoffentlich noch in diesem Jahr bevorstehenden Neustarts für kulturelles Leben im öffentlichen Raum. Hier ist die Trennung von Kulturschaffenden und der Kulturwirtschaft eine schwierige, da beide Hand in Hand für eine gelingende Kulturlandschaft wirken. Vielen ist kaum zu vermitteln, dass zum Beispiel die*der Musiker*in eine Förderung als Künstler*in erhält, die*der freie Journalist*in, der*die die Kritik schreibt aber nicht. Wir Grüne arbeiten daran, diese und viele weitere, zumeist akute Problemstellungen zu beheben. Die Pandemie bleibt jedoch eine riesige Herausforderung für uns alle.

Linke Freizeit ist nicht nur mit Konsum verbunden. Räume und Flächen müssen zur Verfügung gestellt und kreativen Lösungen muss nachgegangen

werden. Es gibt dazu auch bereits verschiedene Ideen etwa aus der Kulturszene die aufgegriffen werden können.

FDP Wir Freie Demokraten haben einen Stufenplan vorgelegt, um transparent und nachvollziehbar in Richtung Öffnungsperspektive zu schreiten. Wir müssen Wirtschaften wieder möglich machen, durch Hygienekonzepte, Tests und eine schnelle Impfkampagne.

3. Wie sollen die Schulden durch die Corona-Krise zurückgezahlt werden? (Michael Tryzna)

SPD Bisher hat die Stadt keine zusätzlichen Schulden aufgrund von Corona gemacht. Der Haushalt weißt immer noch einen kleinen Überschuss für 2021 aus. Dennoch sind Einnahmeausfälle zu erwarten. Hier müssen Regelungen mit Land und Bund getroffen werden. Für Kassel heißt es, zielgerichtete Investitionen tätigen, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben, nur so stützt man die regionale Wirtschaft.

CDU Das ist ein sehr langfristiges Projekt und wird leider in der Zukunft die Haushalte belasten.

Grüne Der Haushalt der Stadt Kassel steht durch die Corona-Pandemie vor einer neuen, unerwarteten Herausforderung. Die dringenden Aufgaben bei Bildung, Klimaschutz und den vielfältigen sozialen und kulturellen Angeboten, die unsere Stadt stark machen, werden wir selbstverständlich dennoch angehen. Gemeinsam mit Bund und Land wollen wir die Ausfälle bei den öffentlichen Mitteln kompensieren. Ziele unserer Haushaltspolitik sind Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, auch in Zeiten sinkender Steuereinnahmen und einer möglicherweise abflachenden Konjunktur.

Linke Indem die Reichen zur Kasse gebeten werden, etwa durch eine Vermögensabgabe. Durch die Pandemie hat nicht nur die Armut zugenommen, andere haben große Gewinne eingefahren wie etwa Amazon.

FDP Kassel musste bisher dafür keine neuen Schulden aufnehmen. Wir setzen auf die Ansiedlung neuer Wirtschaftszweige, um die Einnahmen zu steigern, sowie einen konsequenten Sparkurs.

4. Welches ist ihre Vision für die Gestaltung der Kasseler Innenstadt im Zuge der Corona-Pandemie? (Esther)

SPD Die Aufenthaltsqualität der Innenstadt wird weiter erhöht. Durch das technische Rathaus wird zusätzlicher Publikumsverkehr in die Innenstadt gezogen. Darüber hinaus muss das kulturelle Leben in der Innenstadt gestützt und ausgebaut werden.

CDU Die Kasseler Innenstadt muss weiterhin Ort des Wohnens, des Arbeitens und Zentrum für Handel und Dienstleistungen bleiben. Unser Ziel ist, völlig unabhängig von Corona, eine sichere, saubere und belebte Innenstadt.

Grüne Zum urbanen Leben gehört eine Innenstadt, die mit verschiedenen Funktionen attraktiv und interessant gestaltet ist. Wir wollen weitere öffentliche Plätze aus dem Dornröschenschlaf wecken und für Besucher*innen der Innenstadt herrichten. Den Brüder-Grimm-Platz gestalten wir zu einer Fläche mit Aufenthalts- und ökologischer Qualität mit Hilfe eines innovativen Projektbeirats. Auch am Entenanger und an der Kurt-Schumacher-Straße wollen wir die Entwicklungen wieder aufnehmen.

Der Online-Handel führt die Händler*innen in den Innenstädten in harten Wettbewerb gerade auch in Zeiten der Pandemie. Hier wollen wir mit Stadtplanung und Wirtschaftsförderung allen relevanten Akteur*innen wichtige Unterstützung anbieten. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die in den Innenstädten nachhaltig wirken und diese gegenüber dem digitalen Einkauf attraktiv machen.

Durch die wachsende Entwicklung der Trennung von Handel und Raum ist es umso wichtiger, die öffentlichen und privaten Räume in der Innenstadt gemeinsam zu beleben und zu qualifizieren. Dazu leistet die Verbesserung der Aufenthalts- und Verweilqualität einen bedeutenden Beitrag. Der Wandlungsprozess in der Innenstadt ist für uns Aufgabe – die Stabilisierung des Einzelhandels und die Weiterentwicklung der Innenstadt als Arbeits-, Wohn- und Erlebnisort muss im derzeit erstellten Innenstadtkonzept besonderen Niederschlag finden.

Linke Wir haben uns auch schon vor Corona gewünscht, dass die Innenstadt mehr ist als Konsummeile und die Aufenthaltsqualität gesteigert wird. Auch durch mehr kulturelle Angebote. Wir sollten den Einbruch als

Anlass nehmen, tatkräftiger die Idee einer lebendigen Innenstadt umzusetzen.

FDP

Die Innenstadt muss deutlich an Aufenthaltsqualität gewinnen und mehr Erlebnis-Charakter erhalten.

5. Welchen Stellenwert messen Sie der Kultur bei? Welche Förderungen würden Sie Kulturschaffenden in Aussicht stellen? (Esther)

SPD

Hier noch einmal der Verweis auf „Kassel Kopf-hoch“. Wir haben kommunal vor dem Bund und den Ländern unterstützt. Unser Hauptaugenmerk liegt nun darauf, durch die Bereitstellung von Infrastruktur (Flächen usw.) kulturelles Leben unter Pandemiebedingungen zu ermöglichen.

CDU

Die Kultur hat in einer Kulturstadt wie Kassel einen sehr hohen Stellenwert. Kulturelle Vielfalt bedeutet Lebensqualität und deswegen wird diese von uns gefördert.

Grüne

Wir wollen Beratung und Begleitung in der Kulturförderung verbessern – insbesondere soll das Potenzial der Förderung von Land, Bund und EU besser ausgeschöpft werden. Wir wollen die Mittel für die investive Förderung und für die Projektförderung weiterhin spürbar erhöhen und die Neuaufstellung der Instrumente der Kulturförderung transparent, gendergerecht sowie nachvollziehbar gestalten – sie soll dabei immer auch die Möglichkeit für neue Initiativen und Projekte der jungen Kultur beinhalten. Außerdem wollen wir schaffen ein Nachwuchsstipendium für junge Künstler*innen schaffen, die sich mit Kassel und der Region auseinandersetzen. Nicht zuletzt wollen wir das festgestellte Defizit im Bereich der Filmförderung beheben und eine dauerhafte Absicherung der Programmkinos und ihrer darüberhinausgehenden Aktivitäten.

Linke

Kultur ist ein Staatsziel. Wir messen aber nicht nur deswegen und weil Kassel die documenta Stadt ist, der Kultur einen hohen Stellenwert bei. Kultur bedeutet Bildung, Begegnung (sich selbst und anderen) und Teilhabe. Es ist Aufgabe der Kommune, Kulturschaffenden ausreichend Unterstützung zu gewährleisten und sich nicht auf Programme vom Bund oder Ländern zu verlassen. Da viele Kulturschaffende schon immer am Finanzlimit gelebt haben, wurden sie von der Pandemie schwer getroffen. Eine Aufgabe für die Zukunft ist es Kunst- und

Kulturschaffende besser zu finanzieren. Denn Kultur ist ein Wert an sich.

FDP

Art und Umfang der Kultur – und auch der Kulturförderung – sind ein Maßstab der Entwicklung einer Gesellschaft und treiben diese auch an. Kunst bereichert unser Leben – und Kassel hat viel davon! Sie fördert Bildungszuwachs, Selbstbewusstsein und Kompetenzen in der Konfliktlösung. Wir Freie Demokraten unterstützen alle in diesem Bereich Aktiven und setzen uns für eine gerechte Verteilung von Fördermitteln ein. Für dieses Alleinstellungsmerkmal Kassels wollen wir als Stadt mehr Geld investieren.

Demokratische Werte

1. *Ich wünsche mir für Kassel ein Zentrum für Erinnerungskultur und Demokratieförderung als städtische Einrichtung. Wie denken Sie darüber? (Nadine Freund)*

SPD

Demokratieförderung ist der SPD ein Herzensanliegen. Wir sehen dies als Schwerpunkt kommunaler Bildungspolitik. Deswegen unterstützen wir Vereine und Institutionen finanziell über den Haushalt. Zudem haben wir eine zentrale Stelle gegen Rechtsextremismus in der Stadtverwaltung angestoßen, die gerade eingerichtet wird. Das Stadtmuseum übernimmt zunehmend auch über seine Ausstellungen diese Funktion. Eine Vernetzung der Angebote ist sinnvoll und unterstützenswert.

CDU

Die damit verbundenen Ziele werden von der CDU auf vielfältige Weise unterstützt. Die Frage der Schaffung einer städtischen Einrichtung ist letztendlich eine finanzielle Frage.

Grüne

Nordhessen war in der Vergangenheit und ist bis in die Gegenwart Schauplatz rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Wir setzen uns für die Schaffung eines Zentrums gegen Hass und Rechtsextremismus als Gedenk- und Lernort in Kassel ein, in dem zum einen in einer wissenschaftlich begleiteten Ausstellung das Gedenken an die Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewalt in Nordhessen bewahrt wird und zum anderen mehr über die zugrundeliegende Weltanschauung Rechtsextremer aufgeklärt werden soll. Dafür nehmen wir den Kontakt zu Land und Bund auf. Außerdem wollen wir, dass im Stadtmuseum ein Kabinett zum Thema Rechtsextremismus eingerichtet wird.

Linke Ich halte das für eine gute Idee. Gleichzeitig darf es natürlich nicht dazu führen, Erinnerung in Räume zu verbannen. Uns ist die Erinnerung im Alltag ebenso wichtig, etwa beim Umgang mit Straßennamen. Persönlich fand ich im Zuge der Debatten um den Karlsplatz die Idee einer Kombination von Stadtbibliothek mit öffentlich zugänglichen Werk- und Medienräumen, ähnlich der Bibliothek in Helsinki, charmant als Verwirklichung eines demokratischen Ortes.

FDP Stehen wir offen gegenüber.

Drogenpolitik

1. Wie stehen Sie zu kommunalen Cannabismodellprojekten? Was halten Sie von Konsumräumen, wie in Frankfurt am Main? (Tam Dang)

SPD Mit solchen Räumlichkeiten hat Kassel keine guten Erfahrungen. Deswegen ist es von unserer Seite nicht geplant, so etwas zu initiieren. Bei uns steht die Präventionsarbeit im Vordergrund.

CDU Die Einrichtung von Konsumräumen oder die Durchführung von Modellprojekten ist immer auch abhängig von der Frage der lokalen Gegebenheiten in der Drogenszene. Ob diese Einrichtungen sinnvoll sind, müssen Fachleute beantworten. Bislang sind solche Vorschläge, wie zum Beispiel in Frankfurt am Main, in Kassel nicht Gegenstand der Diskussion gewesen.

Grüne Drogen dürfen weder verharmlost noch verteufelt werden; dies gilt sowohl für legale wie Alkohol und Nikotin als auch für die illegalen. Cannabis weiterhin strafrechtlich zu sanktionieren ist kontraproduktiv. Kommunale Cannabismodellprojekte sind eine spannende Idee, die aber noch nirgendwo erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Der Schwerpunkt der Drogenpolitik sollte auch in Kassel auf Aufklärung und Prävention statt auf Repression gerichtet sein. Hierzu setzen wir uns unter anderem für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen für abhängige Menschen ein

Linke Die LINKE ist für die Legalisierung von Cannabis. Wir stehen kommunalen Modellprojekten daher offen gegenüber. Konsumräume

ja, in Wiesbaden wurden etwa auch die Möglichkeiten eines Cannabis Social Club diskutiert.

FDP

Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Schätzungen zufolge konsumieren rund vier Millionen Menschen in Deutschland Cannabis. Damit werden unzählige Menschen kriminalisiert und immense Ressourcen bei der Polizei gebunden, die etwa bei der Verfolgung von Einbrüchen besser eingesetzt wären. Das Verbot von Cannabis erleichtert durch den illegalen Kontakt zu Dealern erst recht den Einstieg zu härteren Drogen. Wir setzen uns dafür ein, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Denn nur mit einem kontrollierten Verkauf in lizenzierten Geschäften kann die Qualität kontrolliert und so die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert sowie der Jugendschutz gewährleistet werden. Wenn Cannabis dabei ähnlich wie Zigaretten besteuert wird, können jährlich bis zu einer Milliarde Euro zusätzlich eingenommen werden. Dieses zusätzliche Geld soll für Prävention, Suchtbehandlung und Beratung eingesetzt werden.

2. Was ist ihre Vorstellung von Drogenpolitik innerhalb der Stadt? Können Sie sich vorstellen, kleinere Delikte weniger zu verfolgen als in anderen Städten?

SPD

Wir setzen weiterhin auf verstärkte Prävention. Ausbau der Straßenarbeit mit Schlichtungsfunktion und die Fortführung und Stärkung der Beratungsangebote. Auch kleinere Delikte müssen weiterhin konsequent aufgeklärt werden.

CDU

Die Frage der Deliktsverfolgung ist Sache der Polizei und der Strafjustiz.

Grüne

Drogen dürfen weder verharmlost noch verteufelt werden; dies gilt sowohl für legale wie Alkohol und Nikotin als auch für die illegalen. Cannabis weiterhin strafrechtlich zu sanktionieren ist kontraproduktiv. Auf die Verfolgung kleinerer Delikte durch die Polizei haben wir als Kommune aber keinen Einfluss.

Der Schwerpunkt der Drogenpolitik sollte auch in Kassel auf Aufklärung und Prävention statt auf Repression gerichtet sein. Hierzu setzen wir uns unter anderem für die Einrichtung von Drogenkonsumräumen für abhängige Menschen ein.

Der Aufenthalt suchtkranker Menschen in der Öffentlichkeit in der Innenstadt ist kein Problem, das in erster Linie ordnungspolitisch

angegangen werden muss. Seine Lösung ist vielmehr als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen.

Linke Die ständige Verdrängung der „Trinkerszene“, raus aus der Innenstadt, entspricht nicht unserer Vorstellung von Drogenpolitik. Ebenso wenig das Verfolgen der kleinen Dealer, die auch nur Opfer des Systems sind. Legalisierung von weichen Drogen und Entkriminalisierung sind hier die Schlagworte.

FDP Dies ist eine Entscheidung der Polizei und somit Sache des Landes Hessen.

Enteignung

1. In der Geschichte der Bundesrepublik ist es noch nie zu Enteignungen gekommen. Wie wollen Sie damit beginnen?

Linke Wir müssen gar nicht damit beginnen. In Deutschland wird regelmäßig enteignet, etwa für den Bau von Autobahnen. Wir müssen es also nur für den Bereich anwenden, der dem Gemeinwohl dient. Das ist im Grundgesetz auch so vorgesehen.

Familienpolitik

1. Gibt es besondere Initiativen in der Familienpolitik?

SPD Wir werden 2500 Kitaplätze schaffen und nach den 7 bereits beauftragten Schulen, 5 weitere auf den Weg bringen. Wir wollen ein Pilotprojekt mit dem Land initiieren, um Kinder zu unterstützen, schulische Defizite aufzuholen, die durch Corona entstanden sind. Wir wollen in einem Pilotprojekt eine Online-Lernplattform aufbauen und ein Lernschwimmbecken bauen.

CDU Der Familie als kleinster Zelle der Gesellschaft kommt eine zentrale Bedeutung zu. Ein wichtiger Baustein zur Unterstützung von Familien in Kassel sind für uns hohe Qualitätsstandards und ein hoher Versorgungsgrad bei der Betreuung von Kindern. Unser erklärtes Ziel ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür wollen wir uns auch für Modellversuche für an „24-Stunden und 7-Tagen geöffnete Kitas“ für

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Schichtdienst sowie für die Einführung eines digitalen Vergabesystems für Kita-Plätze einsetzen.

Grüne

Kommunale Familienpolitik ist ein sehr breites Feld, das wir an verschiedensten Stellen bearbeiten, z.B. beim Wohnen:

Wohnen ist persönlich, Wohnen ist individuell, Wohnen ist emotional. Die Corona-Pandemie hat uns erneut vor Augen geführt, wie wichtig unser direktes Wohnumfeld ist. Unser Zuhause sollte ein Rückzugsort sein, umgeben von der passenden Infrastruktur. Wie diese Infrastruktur aussieht, hängt von der jeweiligen Lebenssituation ab. Während eine gute Bildungs- und Betreuungssituation in der Nähe Priorität für viele Familien hat, benötigen alleinstehende oder ältere Menschen eher die Einkaufs-, Kultur- und Gastronomieangebote im direkten Umfeld. Dazu gehören die passende Verkehrsanbindung, Stadtgrün und Erholungsmöglichkeiten vor der Tür. Ziel von uns GRÜNEN ist es, dass möglichst alle Stadtteile in Kassel die Infrastruktur erhalten, die sie benötigen.

Linke

Familienpolitik ist ein weites Feld. Als zentral sehen wir, dass endlich genug Kitaplätze geschaffen werden und Maßnahmen gegen die Kinderarmut getroffen werden.

FDP

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ausbau der Kitas und des Ganztagesangebotes verbessern.

Haushalt und Steuern

1. Woher soll das Geld für die vielen sozialen Leistungen kommen, wenn nicht gespart werden soll?

Linke

Von denen, die es haben. An denen, die nichts haben zu sparen, ist das Gegenteil von sozial. Auf kommunaler Ebene können wir uns etwa den Flughafen sparen und die Gewerbesteuer anheben.

2. Ich bezahle KFZ-Steuer und Mineralölsteuer, damit Straßen gebaut werden können. Wäre eine Fahrradsteuer dann nicht ebenso gerecht?

Linke

Nein, ebenso wenig wie eine Fußwegesteuer. Der KFZ- Verkehr ist um ein Vielfaches mehr subventioniert, ich empfehle dazu die Studien von Prof. Sommer von der Uni Kassel

Klimapolitik

1. Klimaschutz, Klimaanpassung und Umweltschutz liegen im genuinen Interesse von Kindern und Jugendlichen. Sollte man deswegen dafür viel mehr Geld ausgeben?

SPD

Klimaschutz und die Anpassung kosten Geld. Hier investieren die Stadt und die Eigenbetriebe in den letzten Jahren eindeutig. Diesen Kurs werden wir weiter ausbauen. Wichtig dabei ist, dass die Klimaanpassung nicht zu Lasten der Schwächsten in der Stadtgesellschaft gehen darf.

CDU

Der Klimawandel ist eine unserer größten Herausforderungen. Die Bewältigung ist die wichtigste Aufgabe in den kommenden Jahren. Klar ist, dass dies Geld kostet und dass wir unsere diesbezüglichen Anstrengungen verstärken müssen.

Grüne

Ja. Durch den zusätzlichen Druck der Klimaschutzbewegung rückt unsere Vision der klimaneutralen Stadt schon in absehbarer Zeit in greifbare Nähe. Es ist der beschlossene Wille der Stadtverordnetenversammlung, Kassel bis spätestens 2030 klimaneutral zu machen. Darauf werden wir uns nicht ausruhen. Mit dem Klimaschutzrat haben wir ein Gremium geschaffen, das die klimapolitischen Impulse und Ideen aus der Stadtgesellschaft bündelt und in die Stadtpolitik gibt.

Wir werben für Maßnahmen, die aus seiner Expertise entstehen. Gleichzeitig stellen wir die nötigen Mittel bereit, um den Klimaschutzrat bei seiner Arbeit zu unterstützen und beschlossene Maßnahmen zeitnah umzusetzen; dazu zählen ausreichende Personalstellen, Räume und Infrastruktur wie eine Internetpräsenz.

Linke

Der Klimawandel und seine Folgen setzen unsere Gesellschaft unter hohen Handlungsdruck. Es muss dringend der Klimaschutz verfolgt, also die Umweltbelastungen gesenkt werden. Darüber hinaus muss die Klimaanpassung, also die Vorbereitung der Stadt auf erhöhte Temperaturen erfolgen. Diese großen Handlungsfelder und

entsprechende Investitionen sind nicht verhandelbar, denn die Folgekosten der Klimakrise werden signifikant höher ausfallen und insbesondere kommende Generationen massiv belasten.

FDP Wichtiger, als mehr Geld auszugeben, ist es, es zielgerichteter auszugeben. Wir müssen die Gelder dort einsetzen, wo die maximale Einsparung von CO₂ möglich ist.

2. Was halten Sie von einem Kinder-, Klima- und Umweltschutzvorbehalt für den Kasseler Haushalt?

SPD Solch eine Regelung wird im Zuge des Haushaltsvollzuges nur schwer umsetzbar sein.

CDU Über den Haushalt der Stadt Kassel beschließt das höchste Organ der Stadt Kassel, die Stadtverordnetenversammlung. Der Haushalt ist damit Gegenstand eines demokratischen Entscheidungsprozesses von durch freie und geheime Wahl gewählten Volksvertretern, den Stadtverordneten. Deren Entscheidungsrechte einzuschränken, wäre verfassungswidrig.

Grüne Wir wollen, dass der Klimaschutzrat ein CO₂-Restbudget für die Stadt Kassel im Einklang mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2030 errechnet, das zu einem zentralen Instrument zum Monitoring und zur Bewertung der Klimaverträglichkeit städtischen Handelns wird.

Linke Wer würde den wie festlegen? Wir betonen, dass jede Maßnahme der Stadt auf ihre Klimarelevanz überprüft wird. Ebenso zielführend finden wir ein Verschlechterungsverbot.

FDP Alle Ausgaben müssen regelmäßig jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen immer wieder auf den Prüfstand.

3. Auf die Erde rast ein alles vernichtender Meteorit in Form der Kippunkte im Klimasystem zu. Drei Kandidaten ignorieren diese existentielle Bedrohung. (Gregor Anselmann)

SPD Die Auswirkungen des Klimawandels sind spürbar und deswegen wird konsequent gegengesteuert.

CDU Bei der Frage, wie man die Herausforderungen des Klimawandels meistert, orientieren wir uns an Sachargumenten. Apokalyptische Vorstellungen und Weltuntergangshysterie helfen uns keinesfalls weiter.

Grüne Da haben Sie Recht. Die menschengemachte Klimakrise ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit. Wir sind die erste Generation, die Auswirkungen der Klimakrise zu spüren bekommt, und die letzte Generation, die diese noch abmildern kann. Ebenso bedrohlich und untrennbar mit der Klimakrise verbunden ist die Krise der Artenvielfalt. Beide Krisen bedingen sich gegenseitig und können nur gemeinsam gelöst werden. Und sie sind längst in unserem Kasseler Alltag angekommen. Die Folgen mehrerer Dürresommer, das Verschwinden ganzer Arten und sterbende Bäume lassen sich auf den Straßen, in den Parks und in der direkten Umgebung unseres Zuhauses erleben. Angesichts dieser Entwicklungen ist für uns GRÜNE klar, dass die Zeit des Zögerns längst vorbei ist. Jetzt ist konsequentes Handeln geboten.

Linke Die Kippunkte im Rahmen der Klimakrise und ihre unabsehbaren Folgen sind uns wohlbekannt und verstärken den bereits vorgenannten Handlungsdruck zu einem Sozial-ökologischen Umbau der Stadt Kassel. Wichtig ist uns ebenso die Ursachen zu begreifen, die die Klimakatastrophe befördern. Wir sehen im Kapitalismus daher nicht die Zukunft, sondern streben nach einer sozialistischen Gesellschaft in der Mensch und Umwelt und nicht Profit im Zentrum stehen.

FDP Wir Freie Demokraten setzen auf Vernunft und Innovation als Treiber einer guten Klimapolitik. Panikmache lehnen wir ab, denn Angst war schon immer ein schlechter Berater.

4. Klimaschutz mal weiter gedacht: wie stehen Sie zur Umstellung der kommunalen Beschaffung nach fairen und ökologischen Kriterien?

SPD Die Umsetzung einer solchen Beschaffung ist auf Umsetzbarkeit zu prüfen.

CDU Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorreiter sein. Das schließt die von Ihnen angesprochenen Beschaffungskriterien mit ein.

Grüne Als Kommune stehen wir zum gesetzlichen Mindestlohn sowie zu sozialen und ökologischen Kriterien bei der Auftragsvergabe. Der Schutz ökologischer Ressourcen sowie die klimaneutrale Umsetzung von Aufträgen und Arbeiten wollen wir zum gleichen Standard erheben wie arbeitsrechtlich faire Bedingungen. Die Stadt Kassel wird bei Auftragsvergaben die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien umsetzen und so regional mit gutem Beispiel vorangehen. Die Vergabe wollen wir nachhaltig, fair, regional und bio mit einer Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung gestalten.

Die Grundlage dafür bietet das hessische Vergabe- und Tariftreuegesetz, das derzeit novelliert wird. Dabei geht es um eine Vereinfachung und die länderübergreifende Vereinheitlichung des Verfahrens. Das macht es den Unternehmen einfacher und dient dem Bürokratieabbau.

Linke Fordern wir seit Jahren und weiterhin. Soziale Kriterien, etwa der Blick auf Arbeitsbedingungen, gehören ebenso dazu.

5. Was geschieht mit dem Eichwald?

SPD Der Eichwald als städtisches Naherholungsgebiet bleibt erhalten.

CDU Diese Frage ist unklar. Sowohl das Wohngebiet Eichwald als auch das als Freizeit- und Erholungsgebiet genutzte Waldgebiet Eichwald sind beliebte Orte und sollen es auch zukünftig bleiben.

Grüne Mit dem Eichwald geschieht nichts – und das ist an dieser Stelle genau das Richtige. Der Eichwald ist nämlich „Kernfläche Naturschutz“ und

wird somit zum Urwald. Schon jetzt stehen dort über 280 Jahre alte Eichen. Zudem ist er der Lebensraum einiger geschützter Tiere, z.B. des Eremiten. Der Wald kann aber auch weiterhin auf eigene Gefahr zur Erholung genutzt werden.

Linke DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und die Ausweitung von Stadtwäldern und stadtnahen Naturschutzgebieten wie dem Eichwald und der Dönche ein.

FDP Wir sind für den Erhalt.

6. Sehen Sie im menschengemachten Klimawandel eine große Gefahr und werden Sie eine Klimaneutralität 2030 mit aller Kraft durchsetzen?

CDU Der Klimawandel ist eine unserer größten Herausforderungen. Die Bewältigung ist die wichtigste Aufgabe in den kommenden Jahren. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, die Menschen mitzunehmen.

Linksextremismus

1. Wie stehen Sie zu den Übergriffen von Linksextremen auf Häuser von AfD-Kandidaten. In Baden-Württemberg endete ein solcher Übergriff für einen Kandidaten im Krankenhaus.

SPD Gewalt gegen Sachen und Menschen ist grundsätzlich abzulehnen und der falsche Weg, ein politisches Zeichen zu setzen!

CDU Wir lehnen politischen Extremismus ab, egal, ob von rechts oder von links. Dies betrifft selbstverständlich auch sämtliche, in diesem Bereich zu verzeichnenden Straftaten

Grüne Solche Gewalttaten lehnen wir ab. Die Einteilung problematischer Strukturen unter dem Phänomenbereich "Linksextremismus" nach der "Hufeisentheorie" halten wir jedoch für falsch.

Linke In Kassel wurden Halit Yozgat und Walter Lübcke durch rechte Terroristen ermordet. Linksextremismus ist nicht das Problem.

FDP Jeder Extremismus und jede Straftat muss verfolgt werden. Der Rechtsstaat darf keine Verbrechen dulden, egal gegen wen.

Migrationspolitik

1. Kann man dafür sorgen, dass Schulen nach Ethnien/Religion etc. aufgeteilt werden?

SPD Nein. Diese Idee widerspricht unserem Bild einer freien und offenen Stadtgesellschaft.

CDU Gemäß Art. 56 Abs. 1 der Verfassung des Landes Hessen ist das Schulwesen Sache des Staates. Art. 56 Abs. 2 regelt, dass an allen hessischen Schulen die Kinder aller religiösen Bekenntnisse und Weltanschauungen in der Regel gemeinsam erzogen werden.

Grüne Nein. Eine Trennung von Klassen und Schulen nach Religion, Herkunft, Geschlecht, Behinderung, sexueller Orientierung ist weder sinnvoll noch förderlich für unser Gemeinwesen. Eine solche Trennung aufgrund von Merkmalen widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz jedes Menschen und wäre eine massive Diskriminierung von Menschen in Gruppen. Die fünf genannten Merkmale oben sind Teil der Charta der Vielfalt (deren sechste Kategorie das Alter ist), die wir Grüne unterstützen.

Linke Die LINKE ist für öffentliche vielfältige Schulen und Bildungsgerechtigkeit. Rassismus bekämpfen wir. Antisemitismus, Rassismus oder Diskriminierung aufgrund religiöser Überzeugungen sind mit den Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar und werden von uns bekämpft. Sie verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau. Eine öffentliche Förderung von Privatschulen, die von Eltern Schulgeld verlangen, lehnen wir ab.

FDP Diese Forderung halten wir weder für sinnvoll im Sinne gelungener Integration noch für wünschenswert.

Rechtsextremismus

1. Auch in Kassel zeigt sich, wie die Demokratie gegenwärtig von rechts bedroht wird. Was würden Sie dagegen tun?

SPD Wir arbeiten im Bereich der politischen Bildung gegen Hass und Ausgrenzung an. Wir haben eine Stelle gegen Rechtsextremismus und für Vielfalt angestoßen.

CDU Wir bekämpfen jede Form von politischem Extremismus mit rechtsstaatlichen Mitteln. Politisch positionieren wir uns klar gegen Extremismus.

Grüne Nordhessen war in der Vergangenheit und ist bis in die Gegenwart Schauplatz rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Wir setzen uns für die Schaffung eines Zentrums gegen Hass und Rechtsextremismus als Gedenk- und Lernort in Kassel ein, in dem zum einen in einer wissenschaftlich begleiteten Ausstellung das Gedenken an die Opfer rechtsextremistisch motivierter Gewalt in Nordhessen bewahrt wird und zum anderen mehr über die zugrunde liegende Weltanschauung Rechtsextremer aufgeklärt werden soll. Dafür nehmen wir den Kontakt zu Land und Bund auf. Außerdem wollen wir, dass im Stadtmuseum ein Kabinett zum Thema Rechtsextremismus eingerichtet wird.

Linke Kein Konjunktiv. Wir kämpfen gegen Rassismus und Faschismus, egal wo wir sind, auf der Straße, im Betrieb und im Parlament.

FDP Zum einen muss die Präventionsarbeit in Schulen und Betrieben verbessert werden und die Gesellschaft sensibilisiert werden. Zum anderen müssen Straftaten mit aller Härte des Gesetzes geahndet werden.

2. Markus H., der lange im Verdacht stand, Mittäter des verurteilten Lübcke-Mörders Stefan E. zu sein, hatte eine Waffenbesitzkarte. Wie stehen Sie dazu? (Dr. Lacher)

- SPD** Die Stadt Kassel hat alles unternommen, damit Markus H. die Waffenbesitzkarte entzogen wird. Das Fehlverhalten der Hessischen Sicherheitsbehörden muss lückenlos aufgeklärt werden.
-
- CDU** Die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte richtet sich nach klaren rechtlichen Kriterien. Eine Änderung des Waffenrechts wurde bereits 2019 beschlossen. Kern der Änderung ist die sog. Regelabfrage beim Verfassungsschutz, d.h. es wurde die Pflicht der Waffenbehörde eingeführt, bei jeder Zuverlässigkeitsüberprüfung die für den Wohnsitz des Antragstellers bzw. Erlaubnisinhabers zuständige Verfassungsschutzbehörde zu beteiligen. Darüber hinaus wurden die Kriterien der Zuverlässigkeit verschärft. Das haben wir unterstützt.
-
- Grüne** Aus unserer Sicht wird dadurch deutlich, wie wichtig eine Verschärfung des Waffengesetzes ist. Wir dürfen nicht zulassen, dass Rechtsextremisten legal Waffen besitzen dürfen. Dazu bedarf es einer entsprechenden Änderung des Gesetzes auf Bundesebene.
-
- Linke** Es zeigt erneut das Versagen des Verfassungsschutzes. Keine Waffenscheine für Nazis und Reichsbürger*innen! Kein Glauben an die Theorie der Einzeltäter.
-
- FDP** Wer eine Waffenbesitzkarte hat, muss die persönliche Eignung und Zuverlässigkeit dafür besitzen. Sollte Markus H. diese nicht haben, so ist ihm die Waffenbesitzkarte zu entziehen. Eine genaue Beurteilung dieses Sachverhaltes müssen die zuständigen Behörden und Gerichte treffen.
-

3. Wie stehen Sie nach all den rechtsextremen Vorfällen zu Innenminister Herr Beuth? Sollte er sein Versagen erkennen und zurücktreten?

SPD Der Umgang mit rechtsextremistischen Vorfällen zeigt, wie inkonsequent die schwarz-grüne Landesregierung hier agiert. Sowohl der Innenminister als auch die hessischen Grünen müssen endlich Verantwortung übernehmen. Der Rücktritt und die Beendigung der Koalition sind unumgänglich, wenn sie sich der Verantwortung nicht endlich stellen.

CDU Die von Ihnen in Ihrer Frage implizierte Einschätzung teilen wir nicht.

Grüne Für uns ist der zentrale Punkt, dass wir diese Vorfälle aufarbeiten und Konsequenzen daraus ziehen. Das muss unabhängig von der Frage passieren, wer gerade Innenminister ist.

Linke Ja, ebenso wie Bouffier. Mir ist es ebenso unbegreiflich, wie die Grünen solch ein Versagen mittragen können.

FDP Wir erwarten endlich Aufklärung von Seiten der Landesregierung und dass bei persönlichem Fehlverhalten auch personelle Konsequenzen gezogen werden.

4. Ist Herr Hildebrandt trotz seiner rassistischen Äußerungen noch Mitglied der CDU?

CDU Herr Hildebrandt wurde aus der CDU-Fraktion ausgeschlossen. Auf Parteebene läuft derzeit ein Parteiausschlussverfahren.

5. Treten Sie für ein Verbot der AfD ein?

Grüne Verbot von Parteien haben in der Rechtsprechung der Bundesrepublik mit sehr guten Gründen sehr hohe Hürden. Das Urteil zum NPD-Verbot hat zwei Kriterien für ein Verbot festgelegt: Die Partei muss eine Machtopion haben und ihre Ziele müssen gegen die im Grundgesetz verankerte Menschenwürde verstoßen. Während das zweite Kriterium bei der AfD recht eindeutig erfüllt ist, ist das erste bisher glücklicherweise noch nicht erfüllt.

Unsere Aufgabe bleibt daher, den extremen Positionen der AfD politisch mit Inhalten zu begegnen. Und an den Stellen, wo strafrechtliche Grenzen überschritten werden, diese zu ahnden. Die rechtsextremen Verdachtsmomente sind in Zahl und Qualität geeignet, eine Beobachtung zum Schutz der Verfassung zu veranlassen. Die Gefahr rechtsextremer Agitation ist niemals harmlos, wie einige hundert Ereignisse in der Geschichte, insbesondere die Morde von Mölln und Solingen bis NSU und Hanau sowie die rechtsextremen Gewaltexzesse von Hoyerswerda bis Halle zeigen.

Verkehrspolitik

1. Wie zufrieden sind Sie mit der bisherigen Umsetzung der Beschlüsse zur Förderung des Radverkehrs?

SPD Nachdem jahrelang die Förderung des Radverkehrs keine hohe Priorität hatte, setzt Dirk Stochla die Förderung des Radverkehrs konsequent um.

CDU SPD und Grüne sind hier erstaunlich weit hinter ihren Möglichkeiten zurückgeblieben. Das hat uns auch verwundert.

Grüne Der im September 2019 verabschiedete Grundsatzbeschluss zur Verbesserung des Radverkehrs ist eine Grundlage für die nächsten Jahre. Die bereitgestellten Mittel und die zusätzlichen Stellen für den Radverkehr sind ein echter Erfolg. In der Umsetzung braucht es jetzt aber eine höhere Geschwindigkeit. Orientiert am Forderungskatalog des Radentscheids wollen wir den Ausbau und die sichere Führung von

Radwegen an Hauptverkehrsstraßen, die noch immer zahlreichen Lückenschlüsse sowie den Ausbau des Nebenroutennetzes, den fahrradfreundlichen Umbau von Knotenpunkten und mehr Abstellanlagen erreichen. Für bessere Radwege sollen auch Fahrspuren für den Kfz-Verkehr oder Parkplätze wegfallen.

Linke Die Umsetzung des Beschlusses vom September 2019 hat bisher nicht stattgefunden, trotz Beschlüssen in der Stadtverordnetenversammlung, die in diese Richtung gehen. Die Forderungen der circa 22.000 Unterstützer*innen, die bessere Rad- und Fußwege für Kassel fordern, werden von der Politik ignoriert, bzw. nur in der Rhetorik der Mehrheits-Parteien aufgenommen, nicht aber in der Praxis umgesetzt. Um den versprochenen Ausbau endlich in Gang zu bringen, fragen wir als Kasseler Linke immer wieder kritisch nach, erhalten aber nur spärliche Antworten. Beschlossen wurde etwa ein jährlicher Bericht (bislang nicht erfolgt), Einrichtung von Stellen (ebenfalls nicht ganz erfolgt), Öffentlichkeitskampagne (Radtag wurde abgeblasen), Umbau von Kreuzungen (Katzensprung Kreuzung wurde verschoben), Trennung von Fuß- und Radverkehr (wird nicht durchgezogen)...

FDP Unzufrieden, weil die rot-grüne Regierung die Beschlüsse des Parlaments ausbremst.

2. Welche Meinung haben Sie zum Ausbau der Autobahnen A44 und A49, welche auch einen direkten Einfluss auf Kassel haben.

SPD Beide Autobahnen müssen ausgebaut werden, um den Lärmschutz für die betroffenen Stadtteile in Kassel erhöhen zu können.

CDU Wir haben eine klare Meinung zum Ausbau der A44 und der A49. Kassel benötigt gute überregionale Anbindungen und deswegen stehen wir klar zu diesen Ausbauprojekten.

Grüne Wir Grüne sind gegen den Autobahnausbau der A44 und A49. Gerade für uns im Kasseler Becken sind die Folgen zusätzlicher Verkehre und betonierter Flächen kein Gewinn. Wir Grüne wollen den Ausbau der Schiene, für Güter und Menschen. Hier setzen wir uns für attraktive Taktverdichtung (im Fernverkehr zum Beispiel den Deutschlandtakt) ein. Aber die Entscheidungen für Bundesautobahnen werden im Bundesverkehrswegeplan beschlossen. Hier haben SPD und CDU immer für mehr Autobahnen votiert, statt der Schiene die Vorfahrt

einzuräumen. Das halten wir Grüne für falsch, denn mehr Autobahnen bringen letztlich auch mehr Auto- und Lastwagenverkehr.

Linke Wir sind für einen sofortigen Rodungs- und Baustopp. Mehr Autobahn bedeutet mehr Verkehr, mehr Lärm und Abgase, was sich auch auf Kassel auswirken wird. Wir haben auch einen entsprechenden Antrag gestellt, der jedoch abgelehnt wurde: <https://kasseler-linke.de/antraege-und-anfragen/1791-verkehrswende-a49-neubau-stoppen>

FDP Wir Freie Demokraten unterstützen den Ausbau der A44 und A49 als Nordhessens größte Mobilitäts- und Klimaschutzprojekt.

3. Wie stehen Sie, bedingt durch die aktuelle Krisenlage im Luftverkehr, zu einer Schließung des Flughafens Kassel Calden?

SPD Der Flughafen Kassel Calden ist wichtig für die nordhessische Wirtschaft und muss erhalten bleiben

CDU Der Kassel Airport ist eine Verkehrsinfrastruktureinrichtung, an der nicht nur direkt und indirekt über 1000 Arbeitsplätze hängen, sondern es gibt für seinen Betrieb klare vertragliche Regelungen zwischen den Anteilseignern. Verträge sind in einem Rechtsstaat einzuhalten und deswegen gibt es keine Diskussionsgrundlage für politische Beschlüsse, die eine Schließung des Flughafens zum Ziel haben könnten.

Grüne Wir wissen, Fliegen ist weiterhin die umweltschädlichste Form der Mobilität. Doch nicht nur deshalb haben wir die Ausbaupläne zum Flughafen Calden schon immer kritisch gesehen. Auch die enormen Kosten waren stets ein grüner Kritikpunkt. Nun ist der Flughafen aber gebaut, und es geht darum, den weiteren Schaden zu begrenzen. Wir werden mit dem Land als größtem Gesellschafter des Flughafens erneut ergebnisoffen über die weitere Entwicklung des Flughafens sprechen. Das Land Hessen und Calden könnten auch ohne Kassel den Flughafen weiterhin betreiben.

Linke Der Flughafen Kassel Calden ist in einer permanenten Krise. Wir sind für ein Ende des Millionengrab und eine Rückstufung zum Verkehrslandeplatz.

FDP

Eine Schließung des Flughafens Kassel Calden lehnen wir ab.

4. Was sind ihre Pläne und Wünsche für den öffentlichen Nahverkehr?

SPD

Die Straßenbahn nach Harleshausen wird gebaut. Ebenso wollen wir die Linie 1 bis zum Schloss verlängern und den Bergpark besser erschließen. Wir werden die Takte auf den Hauptstrecken ausbauen. Davon profitieren auch die Stadtteilbuslinien. Wir wollen den Nachtverkehr am Wochenende ausbauen. Ausbau alternativer Antriebe in der Busflotte.

CDU

Den öffentlichen Personennahverkehr müssen und wollen wir ausbauen, weil er eine ganzjährig nutzbare umweltfreundliche Alternative zum Individualverkehr darstellt. Die von SPD und Grünen beschlossene und von der CDU abgelehnte Liniennetzreform hat für den Kasseler ÖPNV deutliche Verschlechterungen gebracht. Deswegen müssen wir in der nächsten Wahlperiode die Attraktivität und das Angebot im ÖPNV ausbauen. Für uns schließt das auch den Bau neuer Straßenbahnlinien zum Beispiel nach Harleshausen und Waldau mit ein.

Grüne

Das gute Nahverkehrsnetz in Kassel wollen wir weiter ausbauen. Taktverdichtungen in Richtung 10-Minuten-Takt vor allem auf hochbelasteten Strecken, mehr Angebote in den Randzeiten, nachts und am Wochenende sowie ein weiterer Ausbau des Straßenbahnnetzes sind unsere Zielsetzung.

Ein gut ausgebauter und barrierefreier öffentlicher Nahverkehr bildet das Rückgrat der vielen verschiedenen Verkehrsarten. Für Schwachverkehrszeiten wollen wir das Anrufsammeltaxi zu einem kund*innenfreundlichen und leistungsfähigen On-demand- System ausbauen.

Neben der Straßenbahn nach Harleshausen gehören auch die Linien nach Waldau und nach Lohfelden zu unseren Zielen. Die Herkulesbahn als touristisches Projekt zur besseren öffentlichen Erschließung unseres Bergparks Wilhelmshöhe wollen wir in Abstimmung mit dem Land Hessen auf den Weg bringen.

Linke

Wir wollen eine dichtere Taktung in der gesamten Woche und eine deutliche Verstärkung der Randzeiten. Für uns ist der Tramausbau nach Rothenditmold-Harleshausen ebenso wichtig, wie ein Ausbau der Linien nach Ihringshausen und Lohfelden sowie die Verlängerung der Linie 1

auf das Schlossplateau. Der Ausbau muss die Verstärkung aller Verknüpfungen in den Landkreis im Blick haben, damit Pendler*innen auf ihrem Weg nach Kassel umsteigen. Neben dem Ausbau brauchen wir eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Senkung der Fahrpreise bis hin zum Nulltarif. Kurzfristig wollen wir ein Sozialticket für 25 Euro.

FDP Wir wollen ein 365€-Ticket für alle. Außerdem setzen wir uns für einen gut getakteten, sauberen, sicheren und bezahlbaren ÖPNV ein.

5. Existieren neben dem Auto, dem ÖPNV und dem Fahrrad noch weitere Mobilitätsmöglichkeiten? (S. Schicht)

SPD Der Fußverkehr gewinnt zunehmend an Bedeutung und muss damit auch deutlicher berücksichtigt werden. E-Scooter werden ebenfalls zunehmend genutzt. Hier muss auf die Einhaltung der Regeln geachtet werden.

CDU Ja, eine ganz entscheidende, nämlich der Fußgängerverkehr. Um den Anteil der Fußgänger zu erhöhen brauchen wir gute Fußwegeverbindungen und eine Stadt der kurzen Wege.

Grüne Hier fehlt vor allem der Fußverkehr. Durch attraktive Wegeverbindungen mit hoher Aufenthaltsqualität und sicheren Querungsmöglichkeiten wollen wir das Zu-Fuß-Gehen als umweltfreundlichste Art der Fortbewegung besonders fördern. Dabei soll es nicht nur darum gehen, möglichst einfach von A nach B zu kommen, wir wollen die Bewegung zu Fuß durch die Stadt möglichst angenehm machen. Ausreichend breite, grüne und schattige Wege im Sommer, gute Beleuchtung und geräumte Gehwege in der dunklen Jahreszeit, Plätze mit Sitzgelegenheiten, Spielflächen und eine Führung möglichst abseits von lauten Hauptverkehrsstraßen sollen attraktive und barrierefreie Angebote für Fußgänger*innen bieten.

Kinder müssen sicheres Verhalten im Verkehr erlernen. Elterntaxis verzögern diese Entwicklung leider. Wir wollen Schüler*innen weiterhin ermutigen, zu Fuß zur Schule zu gehen. Sichere Schulwege haben daher unsere höchste Priorität. Neben Initiativen zur Motivierung der Eltern, Kinder zu Fuß zur Schule gehen zu lassen, sollen Hol- und Bringzonen an stark belasteten Schulstandorten sowie die bereichsweise bzw. temporäre Sperrung von Anliegerstraßen zu Schulzeiten für den

Autoverkehr den direkten Bereich vor der Schule für unsere Kinder sicherer machen.

Linke Es gibt viele Arten sich fortzubewegen, wir sind etwa auch für eine Verbesserung der Fußwege (mehr Bänke, Beleuchtung...), die E-Scooter halten wir für nicht ökologisch und fordern mindestens dass der Betreiber der öffentliche Raum nicht umsonst zur Verfügung gestellt wird und sicher gestellt wird dass sie Menschen nicht behindern.

FDP Ja, z.B. E-Scooter. Grundsätzlich stehen wir neuen Formen der Mobilität offen gegenüber.

6. Wie schätzen Sie den langfristigen Bedarf an öffentlicher Ladeinfrastruktur für PKW und LKW in Kassel ein und wie wollen Sie diesen Bedarf decken? (S. Schicht)

SPD Wir müssen deutlich ausbauen. Im öffentlichen Raum, Industrieanlagen und vor allem in den Wohnquartieren mit Mietwohnungsbau. Hierzu müssen der KVV und die Wohnungsbaugesellschaften ein gemeinsames Projekt auflegen. Die GWG als städtische Gesellschaft muss beispielgebend sein. Elektromobilität wird nur ein Baustein sein, deswegen wollen wir, dass Kassel zum Zentrum für grünen Wasserstoff wird.

CDU Kassel hat erst kürzlich in einem bundesweiten Vergleich der Ladeinfrastruktur in deutschen Städten einen der hintersten Plätze erreicht. Damit ist klar, dass wir in Kassel über eine wesentlich schlechter ausgebaute Infrastruktur als die meisten deutschen Kommunen verfügen. Das muss sich dringend ändern. Wir haben den Kasseler Oberbürgermeister deswegen aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie der Rückstand in drei Jahren aufgeholt werden kann, mit dem Ziel, die Ladeinfrastruktur deutlich auszubauen.

Grüne Wir setzen uns dafür ein, dort, wo die Nutzung von PKW im Stadtverkehr unvermeidlich ist, elektrisch betriebene Fahrzeuge einzusetzen. Dies gilt beispielsweise für den kommunalen Fuhrpark sowie für Taxen, aber auch für Handwerk, Pflege- und Lieferdienste. Durch Beratungs- und ggf. Förderangebote soll die Umstellung auf abgasfreie Fahrzeuge erreicht werden.

Ein Ausbau der elektrischen Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum soll den Menschen, die auf einen PKW angewiesen sind, zur Verfügung gestellt werden. Für die Umsetzung sehen wir hier die Städtischen Werke als die richtige Partnerin. In Kassel sind auch zunehmend E-Bikes im Einsatz. Lademöglichkeiten und eine angepasste Radinfrastruktur mit ausreichend breiten Radwegen sollen zum Umstieg motivieren. Elektromobilität sehen wir nur sinnvoll in der Versorgung mit 100 Prozent erneuerbarer Energien. Deswegen denken wir den Ausbau der Infrastruktur immer mit der Versorgung von möglichst 100 Prozent dezentral erzeugten erneuerbaren Energien.

Linke In jedem Fall steigend. Letztendlich kommt es darauf an, welches Modell der Verkehrswende sich durchsetzt. Ein reiner Antriebswechsel ist nicht unser Modell. Stattdessen streben wir nach einer autofreien Innenstadt, eine Stadt der kurzen Wege und die Stärkung von Alternativen. Dies betrifft auch Lieferwege. Unter dem Sammelwort City-Logistik gibt es bereits verschiedenste Ideen für die Stadt von morgen.

FDP Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau ein, setzen aber auch auf alternative Antriebe wie z.B. durch synthetische und umweltfreundliche Kraftstoffe.

7. Wie kann die Verkehrsverbindung des öffentlichen Nahverkehrs zur Hasenhecke verbessert werden? (Dimi)

SPD Durch eine Ausweitung der Taktfrequenzen.

CDU Wir brauchen für alle Kasseler Stadtteile eine bessere Anbindung an den ÖPNV. Dazu zählen die Schaffung neuer Linien, eine Verdichtung des Taktes, eine Ausweitung der Betriebszeiten und der Verzicht auf Qualitätsverschlechterung wie zum Beispiel Anrufsammeltaxen, die als ungeeignete Alternative für eingesparte Verbindungen installiert wurden.

Grüne Die Anbindung einzelner Siedlungsflächen an regionalen Nahverkehr ist eine wichtige Aufgabe. Denn ÖPNV muss komfortabel und attraktiv auch für die Hasenhecke sein. Im konkreten Fall haben die Anwohner mit dem Ortsbeirat auch selbst schon gehandelt und nach dem Vorbild aus dem ländlichen Raum eine Mobilitätsbank aufgestellt. Für die KVG ist die Aufgabe damit aber nicht gelöst. Wenn die Fahrgastzahlen für

eine Busverbindung nicht ausreichen, müssen andere Lösungen gesucht werden. Das Anrufsammeltaxi kann eine solche Lösung sein.

Linke Wir sind für eine Taktverdichtung und für eine Wendeschleife oder Wendedreieck für die Linie 7 an der Endstation Wolfsanger. Grundsätzlich gilt aus unserer Sicht gerade beim ÖPNV, dass das Angebot flächendeckend verbessert werden muss. Dabei darf sich die Stadt nicht aus der Verantwortung ziehen. Ebenso zur Information: (jährliche Betriebskosten für Verbesserung im Wolfsanger wären unter 80.000 Euro) <https://kasseler-linke.de/antraege-und-anfragen/1317-liniennetzreform-erg%C3%A4nzen-nahverkehr-st%C3%A4rken>

FDP Durch Ausbau der Busverbindungen.

8. Wo soll die Straßenbahnlinie nach Harleshausen genau verlaufen?

SPD Die Diskussion wird im Zuge der Machbarkeitsstudie geführt. Wir wollen eine Streckenführung über die Wolfhager Straße und Rothenditmold. Einzelheiten sind noch zu klären.

CDU Der genaue Verlauf wird erst nach Abschluss der erforderlichen Planungsmaßnahmen feststehen, weil erst mit diesen Planungen alle notwendigen Belange sach- und fachgerecht geprüft und Alternativen abgewogen werden können.

Grüne Darüber möchten wir gerne öffentlich diskutieren. Die Fragen der Grünen zum aktuellen Stand der Machbarkeitsstudie hat der Verkehrsdezernent Dirk Stochla in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses nur rudimentär beantwortet. Dabei könne die Studie schon längst fertig sein. Uns ist es wichtig, den Planungsprozess mit breiter Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Es darf nicht sein, dass nur eine Variante vorgestellt wird und die Bürger*innen diese abnicken sollen. Nur mit einer ergebnisoffenen Diskussion, bei der die Anregungen ernst genommen werden, lässt sich dieses anspruchsvolle Nahverkehrsprojekt gut umsetzen. Die neue Linie über die Mombachstraße und Rothenditmold nach Harleshausen führen, aber auch eine Führung nach Kirchditmold mit Anschluss an die Linie 8 ist denkbar.

Linke Das wüssten wir auch gern. Vor zwei Jahren wurde die Machbarkeitsstudie beschlossen, seitdem werden Antworten im Ausschuss dazu verweigert. Wichtig ist, dass die Pläne offengelegt werden und die Beteiligung startet.

FDP Hier müssen die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie abgewartet werden.

9. Welchen zeitlichen Rahmenplan setzen Sie sich für den Ausbau des Radnetzes?

SPD In den kommenden 5 Jahren sollen die beschriebenen 86 Maßnahmen geplant und zum größten Teil umgesetzt werden.

CDU Wir wollen das Radnetz kontinuierlich verbessern.

Grüne Innerhalb der nächsten Wahlperiode – also den kommenden fünf Jahren – wollen wir die Ergebnisse der 22 Millionen Eigenmittel, die wir im Haushalt 2019 für den Radverkehr eingestellt haben, auf der Straße sehen. Danach werden wir aber immer noch viel zu tun haben.

Linke Wir unterstützen die Forderungen des Radentscheid, was die zeitlichen Komponenten, Anzahl der Kreuzungen pro Jahr etc. angeht.

FDP Wir würden mit dem Bau von Rad-Highways wie in Kopenhagen noch in diesem Jahr beginnen.

10. Was sind ihre Ziele zur Verbesserung der Barrierefreiheit in Kassel?

SPD Wir werden die öffentlichen Einrichtungen weiter barrierefrei ausbauen. Haltestellen, die noch nicht ausgebaut sind, werden ebenfalls umgebaut. Wir werden beim Bau von neuen Wohnungen darauf achten, dass barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird.

CDU

Barrierefreiheit ist für uns ein wichtiges Thema. Im Neubaubereich ist diese aufgrund der einschlägigen Normen fest verankert. Wir wollen allerdings Barrierefreiheit auch im Bestand verbessern. Für uns ist die Barrierefreiheit ein wichtiger Bestandteil im Bereich der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am öffentlichen Leben.

Grüne

Die Sicherheit der besonders schutzbedürftigen Verkehrsteilnehmer*innen, beispielsweise von Kindern, Menschen mit Behinderung und älteren Menschen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind, muss einen höheren Stellenwert haben. Vision Zero ist unser Ziel. (Das ist ein Konzept, durch das Straßen und Verkehrsmittel so sicher gestaltet sind, dass es keine Toten und Schwerverletzten gibt.)

Eine intensive Kontrolle und die Ahndung von Verstößen beispielsweise von Geschwindigkeitsüberschreitungen und Parken auf Geh- und Radwegen ist hierfür ein wichtiger Baustein. Ausnahmen auf Hauptverkehrsstraßen wollen wir nur dort zulassen, wo es der Schutz der Anwohner*innen und der weiteren Verkehrsteilnehmer*innen zulässt. Barrierefreiheit wollen wir für alle Angebote herstellen, insbesondere beim Fußverkehr und im ÖPNV.

Linke

Die LINKE tritt für die vollständige Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Neben dem Abbau von physischen Barrieren, betrifft das auch die Zugänglichkeit von Informationen und den Ausbau von Unterstützungsmöglichkeiten.

FDP

Wir wollen die UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Das fängt bei barrierefreien Dokumenten an und geht bis zum barrierefreien ÖPNV.

11. Wie soll der Verkehr bis 2030 klimaneutral werden? Dazu muss der Kfz-Verkehr reduziert werden – wie wollen Sie das machen?

CDU

Wir streben vor allen Dingen einen deutlichen Ausbau des ÖPNV als ganzjährig nutzbare, klimafreundliche Alternative zum Individualverkehr an. Den Radverkehr wollen wir ausbauen und mit der Abkehr vom Verbrennungsmotor werden auch dessen Emissionen sinken.

12. Die Buslinien nach Harleshausen wurden unter Rechtfertigung der SPD (in der HNA) „umverteilt“ bzw. reduziert. Und nun soll eine Straßenbahn nach Harleshausen gebaut werden?

SPD Die Liniennetzreform hat nicht die Erwartungen erfüllt, die Seitens der KVG in Aussicht gestellt wurden. Deswegen wurde bereits nachgebessert. Wir sehen in der Straßenbahn nach Harleshausen die Chance, ein Angebot zu schaffen, welches attraktiv ist und zum Umstieg auf den ÖPNV Anreize schafft. Zudem findet eine Aufwertung gerade des Stadtteilkerns von Rothenditmold statt. Hier ist eine gute Anbindung besonders wichtig, da die bestehenden Buslinien trotz eines engeren Taktes immer überfüllt sind.

13. Wenn die SPD für eine Gleichberechtigung aller Fortbewegungsmittel eintritt, warum bremsen Ihre Amtsträger dann alle Bemühungen, sichere Radwege zu errichten?

SPD Jahrelang wurde der Radverkehr in Kassel nur spärlich ausgebaut. Dirk Stochla als Verkehrsdezernent, ist seit 2017 im Amt und hat seitdem sowohl den Ausbau wie die Stärkung der Finanzmittel für Radwege stetig erhöht. Am Ende werden 66 Millionen Euro für das Radwegenetz zur Verfügung stehen.

14. Wenn bei neuem Wohnraum keine neuen Parkplätze mehr geschaffen werden müssen, wo sollen dann die Autos hin?

FDP Die Frage zielt vermutlich ab auf unsere Forderung, die Stellplatzsatzung abzuschaffen. Diese Satzung schreibt vor, dass pro Wohnung, Gaststätte usw. eine bestimmte Zahl an Parkplätzen geschaffen werden muss. Alternativ kann statt Parkplätzen auch eine „Ablösesumme“ an die Stadt gezahlt werden. Diese Satzung hemmt Investitionen, da sie z.B. eine Umgestaltung eines Geschäftshauses zu einem Wohnhaus in der Fußgängerzone, wo keine Parkplätze geschaffen werden können und somit oft eine Ablösesumme im fünfstelligen Bereich gezahlt werden muss, unnötig verteuert. Aber auch außerhalb des Innenstadtkerns bedarf es einer solchen Satzung nicht, da Investoren in der Regel auf den Grundstücken von sich aus Parkplätze schaffen, um dadurch die Attraktivität von neuen Wohnungen zu erhöhen.

15. Wie wollen Sie die ganzen städtischen Baumaßnahmen, die Sie genannt haben, finanzieren? Die Maßnahmen wirken utopisch und sehr teuer.

FDP

Verkehrsprojekte sind häufig teuer, egal ob Radweg, Straßenbahnschiene oder Straße. Die Stadt muss dafür Geld in die Hand nehmen. Anstatt aber viel Geld für nur kurzfristige Lösungen auszugeben, wollen wir eine langfristige Lösung, die zwar aktuell teurer wäre, sich aber durch ihre Langfristigkeit und den Gewinn an Lebensqualität wieder lohnt. So hat Karlsruhe vor Jahren 600 Millionen Euro in die Hand genommen, um große Teile des Verkehrs unter die Erde zu legen. Wo ein Wille, da auch ein Weg. Zumal es für solche Projekte zahlreiche Fördermittel der EU, der Bundesrepublik und des Landes Hessen gibt.

16. Würde ein Nulltarif im ÖPNV nicht viele Probleme lösen?

Grüne

Wir brauchen in erster Linie einen ÖPNV, auf den sich die Menschen veranlassen können. Dazu zählen die Ausweitung des Angebotes in allen Stadtteilen sowie eine Taktverdichtung. Zum Komfort der Verfügbarkeit von Mobilität gehört dann auch eine angemessene Preisstruktur. Wir Grüne schlagen ein Bürger*innenticket vor, dass für 1 Euro am Tag pauschal für alle verfügbar wäre. Damit würden Einnahmen zur Sicherung des Betriebes gewährleistet und allen Menschen ein gutes Angebot zu klimaneutralen Mobilität gemacht.

17. Was ist ihre Haltung zum Fernbusbahnhof? Warum wird der Verkehr bislang nicht aus der Stadt herausgehalten?

Grüne

Natürlich ist es wünschenswert, Abgase und Lärmbelastungen im Stadtgebiet so gut wie möglich zu reduzieren. Fernbusse sind jedoch auf die Schnittstelle zu anderen überregionalen Verkehrsmitteln angewiesen. Und das ist in erster Linie die Bahn. Beispiele aus anderen Städten und auch anderen Ländern zeigen, dass die Attraktivität steigt, je dichter ein Verkehrsknoten ist. Daher ist der Wunsch der Unternehmen nachvollziehbar, nicht auf der grünen Wiese sondern am Bahnhof Wilhelmshöhe angesiedelt zu sein. Die Verkehrsführung kann mit einem neuen Standort vor Ort noch optimiert werden. Allerdings steht die Zahl der Busse bei 40 Anfahrten pro Tag in keinem Verhältnis zu den Belastungen durch den PKW-Verkehr. mit 20.000 bis 30.000 Fahrzeugen am Tag.

Wahlrecht

1. Sollten 16-jährige bei Kommunalwahlen den Bürgermeister wählen dürfen?

SPD Wir stehen für das Wahlalter ab 16 Jahren und fordern die Vertreter*innen der schwarz-grünen Landesregierung auf, nicht nur Lippenbekenntnisse abzugeben, sondern zu handeln, damit auch 16-jährige die Stadtverordnetenversammlung und die Ortsbeiräte wählen dürfen.

CDU Der Bürgermeister wird in Kassel von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Der Oberbürgermeister in einer Direktwahl. Wir halten es für nicht zielführend, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen.

Grüne Nicht nur bei der Planung von Spielflächen und wenn es um Freiflächen geht, die Raum für Bewegung bieten, sollen Kinder und Jugendliche gehört werden, sondern auch bei allen anderen politischen Themen. Die politische Teilhabe an einer lebendigen Stadt fördert das Vertrauen in Politik.

Auch deshalb setzen wir uns seit Jahren für das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren ein. Gleichzeitig bringen wir mit dem Jugendgremium ein Beteiligungsinstrument auf den Weg, mit dem Jugendliche eine noch stärkere Stimme in der Stadtgesellschaft bekommen sollen.

Linke Wir treten für ein Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen ab 16 Jahren ein. In vielen andere Bundesländer ist die Altersgrenze bereits auf 16 Jahre gesenkt worden.

FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein Wahlrecht ab 16 ein. Ab dann soll jeder bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen wählen dürfen.

Waffenmesse

- 1. *Nazi-Uniformen und Kriegswaffen werden auf der Waffenmesse Kassel in großem Stil gehandelt. Seriös ist was anderes. Warum wird das von CDU und FDP noch toleriert?***

CDU

Die Frage, welche Artikel auf einer Waffenmesse ausgestellt oder angeboten werden dürfen, richtet sich nicht nach der Toleranzschwelle von Parteien, sondern nach gesetzlichen Vorgaben.

FDP

Selbstverständlich dürfen auf Messen keine verbotenen Gegenstände gehandelt werden. Dies muss scharf kontrolliert werden. Grundsätzlich haben aber Sportschützen, Jäger und Sammler die Berechtigung, Waffen zu erwerben. Diesen Handel pauschal zu verurteilen, halten wir für falsch

Wohnpolitik

- 1. *Sie werben für bezahlbaren Wohnraum. Unter Ihrer Obhut werden gerade teure Stadtvillen gebaut, die leider überteuert sind. Wollen Sie das ändern?***

SPD

Das Baudezernat ist nicht unter sozialdemokratischer Führung. Wir haben mit unseren Anträgen zur Einführung einer Sozialwohnungsquote und einer Milieuschutzsatzung deutliche Instrumente geschaffen, damit Wohnraum bezahlbar bleibt und wird. Wir wollen zudem die Mieterhöhungen bei der GWG für 5 weitere Jahre auf ein Prozent begrenzen und in den Bebauungsplänen eine Mietobergrenze für Normalverdiener einführen.

2. Was heißt „bezahlbarer“ Wohnraum? Bitte nennen Sie eine konkrete Zahl.

SPD

Wir wollen in den kommenden 5 Jahren 2.500 bezahlbare Wohnungen schaffen und Grundstücke für den Bau von Einfamilienhäusern zur Verfügung stellen.

3. Verweilqualität, viel Grün und ruhige Lage – alles zusammen gibt es in Kassel leider nicht. Wer das nicht will, kann ins Umland ziehen. Wie stehen Sie dazu?

Grüne

Kassel ist die grünste Stadt in Hessen, und die zweitgrünste in Deutschland. Darauf ruhen wir Grüne uns nicht aus, sondern wollen noch mehr Bäume im Stadtgebiet pflanzen und städtisches Grün nach Kräften ergänzen, zum Beispiel an Fassaden, auf Dächern (auch von Haltestellen) usw. Das stärkt die Aufenthaltsqualität im Stadtgebiet, senkt die Temperaturen im Sommer und sorgt allgemein für mehr Behaglichkeit. Zur Qualität im Stadtgebiet gehört aber auch eine starke urbane Kulturszene, interessante Ereignisse in Theater, Sport und Kongress- wie Messehallen. Und es gehört auch eine attraktive Innenstadt mit lebendigen gastronomischen Angeboten dazu. Denn gute Stimmung gibt es online derzeit (noch?) nicht zu bestellen. Kassel bleibt das grüne Oberzentrum der naturintensiven Region Nordhessen.
